Der Weg des neuen Kanzlers.

Die starken Widerstände gegen das Kabinett Cuno, die infolge des kommunistischen Vorgehens so plötzlich zu offenem Ausbruch gekommen sind, scheinen durch die Verbreiterung der parlamentarischen Basis für das Kabinett Stresemann zunächst ausgeschaltet zu sein. Staatsmänner sind im Guten und Schlechten zunächst einmal Erben ihrer Vorgänger. Die Art, in der sie diese Erbschaft ertragreich entwickeln bezw. überwinden und den neuen, durch ihre Wesensart vorgezeichneten Weg suchen, ist ausschlaggebend für ihren endgültigen Erfolg. Dr. Stresemann ist eine Persönlichkeit, wie wir sie in gleich ausgesprochener Stärke nicht viel haben. Ganz im Gegensatz zu seinem Vorgänger, der aus der Wirtschaft kam und persönlich mehr der Typ des hohen Beamten gewesen ist, hat Dr. Stresemann sich bereits in jüngsten Jahren die politischen Sporen erworben und ist ein Mann von großem taktischen Geschick und nicht alltäglichen Geistesgaben, die er mit starkem Instinkt für das Notwendige und mit quellendem Temperament einzusetzen pflegt. Seit den Tagen des Krieges hat es kaum eine politische Entscheidung gegeben, bei welcher Dr. Stresemann nicht irgendwie führend beteiligt gewesen ist. Sein Name ist in allen Krisen als der des Kanzleranwärters genannt worden. Niemals bisher hat sich der Widerstand der Sozialdemokratie gegen Dr. Stresemann und die von ihm vertretene Politik der großen Koalition überwinden lassen. Nun hat die äußerste Zuspitzung der Lage den Mann doch noch an die Stelle geführt, bei deren Besetzung er so oft maßgebend beteiligt gewesen ist.

Ein Aktivum und ein Passivum hat der neue Kanzler von seinem Vorgänger übernommen. Das Aktivum besteht in dem mit der gefallenen Regierung Cuno sehr stark verknüpften Willen des nationalen Widerstandes gegen das Unrecht des französischen Ruhreinbruches und in der immer wieder mit betonter Eindringlichkeit zum Ausdruck gebrachten Ueberzeugung, daß niemals wieder der Name eines deutschen Staatsmannes unter ein Dokument gesetzt werden darf, das Unmögliches verlangt. Dr. Stresemann ist selbst so gescheit, daß er weiß, mit welchen Erwartungen Frankreich das neue Kabinett betrachtet und dementsprechend als einen französischen Erfolg begrüßen zu können glaubt. Dr. Stresemann ist auch die Persönlichkeit, die alle nach dieser Richtung gehenden französischen Hoffnungen nicht nur mit dem Worte, sondern mit der Tat schnell zurückzuweisen in der Lage ist. In der Frage des Widerstandes gegen unrechtmäßige französische Forderungen und gegen offene Gewalttat herrscht auch in der neuen Regierung und in den sie tragenden Parteien nur eine Auffassung. Daß zur Durchführung dieses Widerstandes nicht genügend Mittel aus den Quellen der deutschen Wirtschaftskraft bereitgestellt worden sind, ist das große Passivum der Cuno-Regierung gewesen. Dr. Stresemann findet von seinem Vorgänger her noch den in Gesetzen niedergelegten Willen zur Behebung dieses Mißstandes vor. Er dürfte auch die nötige Energie aufbringen, um die Reichsforderungen an den Besitz mit der nötigen Schnelligkeit einzutreiben. Der Ministerliste im einzelnen dürfte unter den heutigen Umständen eine abwartende Haltung am Platze sein. Nicht nach ihrer bisherigen parteipolitischen Einstellung, sondern nach ihren Leistungserfolgen muß man sie heute mehr denn jemals beurteilen.

Die englisch-französische Auseinandersetzung.

Der Notenwechsel zwischen Paris und London beginnt, nachdem die ursprüngliche Absicht des englischen Kabinetts zu sofortigem aktivem Eingreifen in die Reparationsfrage unter dem Druck Frankreichs und der französisch gesinnten Konservativen Englands zunichte gemacht worden ist, in ein mehr akademisches Fahrwasser zu gleiten. An sich ist das soeben herausgekommene englische Weißbuch — es ist entgegen der Voraussagen kein Blaubuch geworden — vom deutschen Standpunkte aus durchaus zu begrüßen. Es tritt den Ansichten und Ansprüchen Frankreichs in ruhiger Form, aber mit erfreulicher, tatsachendelegter Deutlichkeit entgegen. Im Gegensatz zu den Andeutungen der Anfangsentwickelung in der jüngsten französisch-englischen Spannung werden allerdings etwaige Folgen aus der Ablehnung des englischen Standpunktes zunächst nicht unmittelbar in Aussicht gestellt. Die Betonung der Enttäuschung Englands über die französische Antwort und des peinlichen Eindruckes über die Nichtbeachtung der englischen Anregungen findet deutlichen Ausdruck. England sieht nach wie vor das Reparationsproblem rein wirtschaftlich und weist auf die Nutzlosigkeit von Forderungen hin, die über Deutschlands Möglichkeiten hinausgehen. An der Hand von Ziffern wird dargelegt, daß Frankreich einschließlich der verlangten Streichung seiner Schulden an England und Amerika drei bis viermal soviel verlange, als in den bisherigen Vereinbarungen vorgesehen sei. Von großem Wert ist die englische Feststellung, daß die seinerzeit erfolgte Festsetzung der deutschen Schuld eine einfache Schätzung des Schadens ohne Rücksicht auf die deutsche Leistungsfähigkeit gewesen sei. Die Einsetzung einer unparteiischen Sachverständigenkommission ist also keine Vertragsverletzung, sondern eine Vertragserfüllung. Die Feststellung, daß die Reparationskommission ein einseitiges Machtinstrument Frankreichs infolge des Ausscheidens des amerikanischen Delegierten geworden sei, ist ebenfalls von größtem Wert. Ebenso wie der Hinweis darauf, was Deutschland an Reparationen und Besatzungskosten und sonstigen Vertragsleistungen bisher entrichtet habe. Die Pariser Presse ist naturgemäß höchst empört über die Tatsachendarstellung im englischen Blaubuche, gibt sich aber keiner Täuschung darüber hin, daß diese Note, wie das „Journal" sich ausdrückt, ein „Rückzugsgefecht mit schwerer Artillerie" ist. Für Deutschland kommt es darauf an, dieses Weißbuch richtig auszuwerten.

Deutsch-spanisch-englische Luftschiffabkommen.

Dem Madrider Korrespondenten des „Matin" zufolge stehen England und Spanien vor dem Abschluß eines Luftschiffabkommens, dem die Einrichtung einer Luftverbindung zwischen Europa und Südamerika zu Grunde liegt. Der Direktor des spanischen Luftwesens hat mit den englischen Behörden kürzlich in London Unterredungen geführt. Der spanische Bevollmächtigte erörterte mit dem englischen Marineminister den Entwurf einer Luftverbindung zwischen England und Indien und unterrichtete sich gleichzeitig über die Vereinheitlichung des Luftschiffwesens, sowie die verschiedenen Luftschifftypen, welche einerseits den Luftverkehr nach Bombay und andererseits nach Rio de Janeiro und Buenos Aires vermitteln sollen. Der Berichterstatter glaubt zu wissen, daß das spanisch-englische Abkommen notgedrungen eine Aenderung des spanisch-deutschen Projektes zur Folge habe, das eine spanische Kommission mit dem Hause Zeppelin zur Zeit ausarbeite. Der europäische Ausgangshafen wird Sevilla sein. In dem englisch-deutsch-spanischen Projekt ist London der Ausgangshafen und die Luftrichtung diejenige der französischen Luftverbindung Toulouse—Casablanca.

Die neue Reichsregierung.

Zusammensetzung des Kabinetts.

(Amtlich) Berlin, 13. August 1923.

Der Reichspräsident hat den Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann zum Reichskanzler ernannt und auf seinen Vorschlag die Reichsministerien wie folgt besetzt:

Reichsminister für Wiederaufbau und Stellvertreter des Reichskanzlers:
Reichsminister a. D. Robert Schmidt.

Reichsarbeitsminister:
Reichsminister Dr. Brauns.

Reichsminister des Innern:
Reichstagsabgeordneter Sollmann.

Reichsverkehrsminister:
Reichsminister Oeser.

Reichsfinanzminister:
Dr. Hilferding.

Reichswehrminister:
Reichsminister Dr. Geßler.

Reichsjustizminister:
Reichsminister a. D. Radbruch.

Reichsernährungsminister:
Reichsminister Dr. Luther.

Das neu zu schaffende Amt eines Reichsministers für die besetzten Gebiete wird dem Oberpräsidenten Fuchs übertragen. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers des Auswärtigen ist bis auf weiteres der Reichskanzler beauftragt. Für das Reichswirtschaftsministerium wird der Reichsminister a. D. v. Raumer in Aussicht genommen. Das Reichspostministerium ist noch unbesetzt.

*

Der neue Reichskanzler Dr. Gustav Stresemann ist 45 Jahre alt. Nach abgeschlossenem Studium der Geschichte, Staatswissenschaften und Literatur wurde er geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschamerikanischen Wirtschaftsverbandes, dann war er von 1902 bis 1918 Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller. Dem Reichstag gehört Stresemann seit Dezember 1914 an und nach dem Ableben Bassermanns wurde er der Führer der Nationalliberalen Partei und Reichstagsfraktion. Nach der Revolution gehörte er der verfassunggebenden Nationalversammlung an und wurde zum Führer der neu sich bildenden Deutschen Volkspartei gewählt, deren Führer er seitdem ist.

Das neue Reichskabinett, dem vier Sozialdemokraten, drei Mitglieder der Deutschen Volkspartei, drei Angehörige des Zentrums und zwei Demokraten angehören, hält heute vormittag 10 Uhr seine erste Sitzung ab, in der die Regierungserklärung festgelegt werden soll. Dem „Vorwärts" zufolge besteht der Plan, den preußischen Ministerpräsidenten Braun zum Reichsminister ohne Portefeuille zu ernennen.

Dr. Stresemann hatte im Laufe des gestrigen Vormittags eine eingehende Aussprache mit dem scheidenden Reichskanzler Dr. Cuno.

Verschiedene Ausschüsse des Reichstags tagten gestern vormittag. So hat der Steuerausschuß die Vorlage der Goldanleihe zu Ende beraten.

Die für 3 Uhr nachmittags angesetzte Vollsitzung des Reichstags wurde zunächst auf 8 Uhr abends verschoben. Auch diese Sitzung fand nicht statt. Die heutige Reichstagssitzung ist auf 1 Uhr nachmittags anberaumt.

Ein Dank des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat auf das gestrige Schreiben des Reichskanzlers Dr. Cuno folgende Antwort erteilt:

Herr Reichskanzler!

Nach der Entwickelung der politischen und wirtschaftlichen Lage und der in den letzten Tagen hervorgetretenen Möglichkeit einer Regierungsbildung auf breiterer parlamentarischer Grundlage, verstehe und würdige ich die Beweggründe, die Sie und das Kabinett zu Ihrem Rücktrittsgesuch veranlaßt haben. Ich habe mich daher entschlossen, Ihre und der Herren Reichsminister Demission anzunehmen.

Sie haben vor fast neun Monaten, meinem Rufe folgend, unter Zurückstellung eigener Interessen und unter persönlichen Opfern in ernster Lage die Leitung der Reichsregierung übernommen und sich seither mit allen Kräften bemüht, die durch die widerrechtliche Ruhrbesetzung herbeigeführten, sich ständig häufenden Schwierigkeiten und Nöte zu meistern. Namens des Reiches danke ich Ihnen aufrichtig und herzlich für Ihre mit ernstem Willen und bester Kraft dem Vaterlande geleisteten Dienste. Wenn trotz allem die Bedrängnis unseres Vaterlandes in den letzten Wochen immer größer wurde, so sind daran in erster Linie der immer verstärkte außenpolitische Druck und die dadurch erfolgten wirtschaftlichen Nöte schuld und Ursache. Indem ich Sie hiermit von Ihrem Amte entbinde, gebe ich gleichzeitig der Hoffnung und Erwartung Ausdruck, daß ich auch fernerhin auf Ihren Rat und Ihre Mitarbeit rechnen darf.

In aufrichtiger Wertschätzung bin ich Ihr ergebener

Ebert, Reichspräsident.

Die ausländische Presse zu den Ereignissen.

Die deutsch-schweizerische bürgerliche Presse erkennt Cunos Ehrlichkeit und Mannhaftigkeit an und schreibt es seiner Zaghaftigkeit zu, daß er die Dinge so weit treiben ließ, wie sie heute liegen. Ueber Stresemann sagen die „Baseler Nachrichten": er sei weder der Mann Frankreichs noch Englands, sondern nur der Mann Deutschlands. Wenn er es übernehme, mit den Sozialdemokraten zu regieren, so sei dies ein letzter aber keineswegs hoffnungsloser Versuch, Deutschland zu retten. Auch die „Neue Züricher Zeitung" beurteilt Stresemann als Reichskanzler günstig und sagt, er sei der Mann Deutschlands zur Stunde. Er übernehme eine Aufgabe von ungeheurer Verantwortung.

Die englische Note hat in Paris geradezu verblüffend gewirkt. Vor allem erregt der englische Hinweis auf die Ruhrbesetzung Anstoß. Man erwartete zwar, daß Baldwin die Rechtmäßigkeit der französisch-belgischen Aktion in Zweifel stellen würde, doch erwartete man nicht, daß er sich dabei so energischer Ausdrücke bedienen würde. Der „Matin" nennt die Note ein Meisterstück der Verwirrung und des Widerspruchs. Das englische Kabinett hätte sich erneut mit der Ruhrbesetzung beschäftigt und bezeichnete nun diese an Hand eines Gutachtens englischer Juristen als ungesetzlich. Voll bitterer Ironie fährt das Blatt fort: Was taten denn diese Sachverständigen im Mai 1921, als Lloyd George die Ruhrbesetzung beschloß und das Reich damit bedrohte, und was taten sie im Januar 1923, als Bonar Law uns viel Erfolg bei unseren Unternehmungen wünschte? Waren sie etwa in einen Starrkrampf verfallen? Dann müssen sie heute wieder erwachen. Ihr Spruch wird für Frankreich und Belgien ein toter Satz sein. Nie wird eine französische Regierung es zulassen, daß irgend ein Gerichtshof diese Frage aufrollt. Nach dem diplomatischen Berichterstatter der „Daily Mail" sei die französische Regierung nicht gesonnen, über die Frage der Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung mit London eine Auseinandersetzung zu eröffnen. Es erübrige sich, so hört man in Pariser Kreisen, über die Aktion zu verhandeln, die nunmehr ohne Prozeß seit sieben Monaten andauere. Die englischen Auseinandersetzungen in diesem Punkte stellten Argumente von nicht ernsthafter Wirkung dar.

Die „Chicago Tribune" glaubt zu wissen, daß der Reichskanzler Besprechungen mit Frankreich einleiten werde. Der Berliner Korrespondent dieses Blattes hat angeblich Gelegenheit gehabt, sich mit Dr. Stresemann zu besprechen. Er gewann den Eindruck, daß der neue Reichskanzler versuchen wird, Frankreich für die durch die Truppen in seinem Gebiet angerichteten Schäden schadlos zu halten. Der Reichskanzler vertritt den Standpunkt, daß der passive Widerstand ein geheiligtes Mittel für das deutsche Volk sei. Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Mail" versichert, daß man in Regierungskreisen dem Berliner neuen Kabinett bei weitem mehr Aufmerksamkeit schenke, als der gestern hier angekommenen Note. Man sei gespannt, welchen Eindruck die englische Note auf die neue deutsche Regierung machen werde und gibt sich der Hoffnung hin, daß der Kanzler und sein Außenminister die alte deutsche Theologie der Realpolitik sich zu Herzen nehmen werde.

Die britische Note an Frankreich und die Ereignisse in Deutschland erregen in der englischen Presse großes Aufsehen. Die Blätter betonen insbesondere, daß die französisch-belgische Ruhrbesetzung von der britischen Regierung für ungesetzlich erklärt werde, und heben den britischen Hinweis auf eine Separataktion sowie die Forderung nach Bezahlung der französischen Schulden an Großbritannien hervor. „Daily Expreß" schreibt, die britische Note enthalte weitreichende und unermeßliche Möglichkeiten für die Zukunft Europas. Die „Times" führen aus, die ernsten Differenzen, die die britische Regierung augenblicklich von der französischen und belgischen trennen, werden jetzt der Welt klar auseinandergesetzt. Wenn Großbritannien aber handeln will, dann muß es im eigenen Interesse und im Interesse Europas schnell handeln. „Daily Chronicle" betont, daß es weit zweckdienlicher gewesen wäre, wenn die Ansicht der britischen Regierung, daß die Ruhrbesetzung einen Bruch des Versailler Vertrages darstelle, hartnäckig und öffentlich kundgemacht worden wäre, bevor die Invasion erfolgte.

Einstellung der deutschen Sachlieferungen an die Entente.

Deutschland hat nach dem Ruhreinbruch versucht, die Reparations- und Restitutionssachlieferungen an die am Ruhreinbruch nicht beteiligten Mächte aufrecht zu erhalten, obwohl durch die Abschnürung des Rheinlandes und des Ruhrgebiets das wichtigste Gebiet Deutschlands für Ausfuhrproduktion und Reichseinnahmen weggefallen war. Deutschland hat damit den Beweis seines Leistungswillens bis zum Aeußersten erbracht. Die jetzige Situation, die durch einen Dollarstand von mehr als 5 Millionen Mark charakterisiert ist, verlangt aber Zusammenfassung aller Kräfte Deutschlands, um der Bevölkerung das Existenzminimum zu sichern und drohenden Hunger abzuwenden. Gegenüber diesem Ziel müssen alle anderen Aufgaben zurücktreten. Die Reichsregierung ist daher gezwungen, vorübergehend die im Vertrag von Versailles vorgesehenen Sachlieferungen auch an England, Griechenland, Italien, Jugoslavien, Portugal und Rumänien einzustellen, da gerade deren Finanzierung das Budgetdefizit und die Inflation zum wesentlichen Teile hervorgerufen hat. Allein die bis jetzt übernommenen und noch nicht bezahlten Sachlieferungen erfordern bei dem jetzigen Stand eine Aufwendung von rund 300 Billionen Papiermark. Wenn dazu noch weitere Sachlieferungsverpflichtungen treten würden, würde der Erfolg der vom Reichstag augenblicklich beratenen Steuerreform und der Goldanleihe von vornherein in Frage gestellt sein. In Ansehung der großen Schwierigkeiten, die Italien in der Beschaffung der für seine Wirtschaft notwendigen Kohle findet, wird aber versucht werden, die Kohlenlieferung an Italien fortzusetzen.

Der Entschluß der Reichsregierung bedeutet keineswegs eine endgültige Einstellung der Reparationsleistungen. Die nach dem Vertrag von Versailles erforderlichen Sachlieferungen werden vielmehr wieder aufgenommen werden, sobald Reichsfinanzen und Währung dies gestatten.

Die hiernach eintretende Einstellung des freien Sachlieferungsverkehrs bedingt den Erlaß einer Rechtsverordnung, um privatrechtliche Bindungen der Reichsregierung für den Fall zu vermeiden, daß ungeachtet der Einstellung Verträge im freien Sachlieferungsverkehr geschlossen und von der Reparationskommission genehmigt werden. Das Reichsministerium für Wiederaufbau hat deshalb unter dem 11. August 1923 eine Bekanntmachung erlassen, der zufolge der freie Sachlieferungsverkehr vorläufig eingestellt wird, soweit Verträge bis zum 11. August nicht entweder durch Fristablauf endgültig geworden oder von der Reparationskommission der Deutschen Kriegslastenkommission Paris als endgültig genehmigt notifiziert worden sind. Die bis zum 11. August 1923 derart genehmigten Verträge werden also noch ausgeführt. Dagegen werden Verträge, die bis zum 11. August 1923 einschl. die endgültige Genehmigung der Reparationskommission nicht erhalten haben, von der deutschen Regierung nicht als bindend anerkannt; Zahlungen aus Reichsmitteln werden auf Grund solcher Verträge nicht geleistet. Diese Regelung greift, da der freie Sachlieferungsverkehr mit Belgien und Frankreich seit Beginn des Ruhreinbruchs eingestellt ist, gegenüber Portugal, Rumänien und Serbien Platz.

Für die Sachlieferungen im Anforderungsverfahren bedarf es einer solchen Rechtsverordnung nicht; vielmehr genügt hierfür eine Verwaltungsanweisung. Im Rahmen des sogenannten gebundenen Verkehrs werden privatrechtliche Verpflichtungen des Reichs aus Verträgen, die der Reichskommissar zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten zur Durchführung von Reparationsforderungen bereits endgültig abgeschlossen hat, von der Einstellung der Reparationssachleistungen nicht berührt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Blutiger Zwischenfall bei einer Bannerweihe. Gestern fand in Coburg eine deutsch-völkische Tagung statt, mit der eine Bannerweihe des Bundes „Bayern und Reich" verbunden war. Die Teilnahme war überaus groß. Das Fest selbst nahm einen ruhigen Verlauf. Als sich jedoch der Zug durch die Straßen der Stadt bewegte, wurden die Festteilnehmer, besonders in der oberen Stadt, durch die Kommunisten stark beschimpft. Als im Festzuge die Gruppe der Nationalsozialisten vorbeizog, wurde von den Kommunisten